

Schlaue Pferde und weit entfernte Inseln

Egon Krins aus Simmerath beschäftigt der Text „Aktivisten dringen ins Kohlekraftwerk ein“:

Welch eine Verharmlosung! Nein, das sind Kriminelle oder Saboteure, die die ganze Härte des Gesetzes treffen muss. Juristische Verantwortung fraglich, ungewiss, da die Personalien oftmals nicht feststellbar waren, verklebte Fingerkuppen, fehlende Ausweispapiere, Geschlecht unbekannt! Was soll das? Gegner des Braunkohletagebaus sollten den Mut haben, sich öffentlich zu zeigen und Ausweispapiere mit sich zu führen, sich offen zu ihren Protesten zu bekennen. Wer kommt für die Verluste von RWE, verursacht durch diese Sabotageakte, auf? Wer bezahlt den Polizeieinsatz? Grüne und „Umweltschutz“ werden immer mehr zu einem Synonym für Gewalttätigkeit, Krawall, Aufruhr, Straßenkampf etc.

Riko Angermeyer aus Aachen äußert sich zum Kommentar „Grandiose Pleite – Aktion in Weisweiler schadet den Braunkohlegegnern“ von Amien Idries:

Pleite? Ist sie nicht! Zum Glück gibt es sie noch, die kämpferischen Braunkohlegegner. Briefe schreiben, Petitionen unterzeichnen oder was auch immer, das alles bringt – leider – gar nichts.

Bundeskanzlerin Angela Merkel wirbt für den Ausstieg auf internationaler Bühne und gleichzeitig, weil RWE das so will, vor heimischem Publikum für die Fortsetzung des Abbaus. Wenn das nicht eine Unverschämtheit ist! Wir können hier nicht untergehen, die Inseln im Südpazifik wohl, aber das ist ja weit weg. Bei dieser sehr bedrohlichen Lage ist ziviler Ungehorsam geradezu Bürgerpflicht, und dann soll man mal nicht so tun, als wäre eine Baggerbesetzung großes zu verfolgendes Unrecht. Diesen Aktivisten gehört große Anerkennung, sie reden nicht, sie handeln, und das ist gut so!

Karl-Heinz Jansen aus Würselen kritisiert den Artikel „Videobeweise im Tagebau Hambach“:

Auch ich war über die einseitige Darstellung des Geschehens bei der Demonstration im Tagebau Hambach verärgert. Die zahlreichen negativen Leseräußerungen zu diesem Bericht bestätigen meine Meinung.

Mein Vorwurf geht aber auch an den Chefredakteur, der einen solchen Text zur Veröffentlichung durchgehen lässt.

Hermann Offergeld aus Aachen meldet sich ebenfalls zum Videobeweis-Bericht zu Wort:

Regelmäßig lasse ich mir meine Zeitung in meinen Urlaubsort nachsenden, um über die lokalen Ereignisse informiert zu sein. Die Formulierung in der Unterzeile der Überschrift, „Polizei bringt

„Justice for climat“ – „Gerechtigkeit fürs Klima“: Unter dem Motto beteiligte sich diese Aktivistin an der Aktion „Ende Gelände“ im Hambacher Forst. Foto: imago/ Alban Grosdidier



Die Aktion der Umweltaktivisten von Nahem: In den frühen Morgenstunden des 15. November blockierten 13 Aktivisten die Förderbänder und Bagger des Kohlekraftwerks Weisweiler (kleines Bild) und zwangen den Betreiber RWE, drei der vier Kraftwerksblöcke abzuschalten.

Fotos: imago/Jannis Grosse/Federico Gambarini/dpa

Aktivistin in Lebensgefahr“, ließ mich aufhorchen, die Redaktionsleitung offenbar nicht. Die von Ihnen als Beweis bezeichneten Bilder konnten mich beim besten Willen nicht überzeugen. Zu erkennen ist, dass eine Gruppe von Demonstranten sich aktiv schon irrsinnig einer Reiterstaffel entgegenstellt und ein Polizeibeamter den Zugriff durch einen Demonstranten abwehrt! Die Art und Weise, in der Ihre Zeitung den scheinbar bewusst herbeigeführten Tumult kommentiert, ist nicht hinnehmbar, einer freien Presse unwürdig und schädlich auch für ein Staatsverständnis

schnell konsumierender Leser. Ein Dank an die das ähnlich sehenden Leserbriefschreiber vom 13. November, denen ich mich voll und ganz anschließen möchte. Wohl selten wurde ein Artikel in Ihrer Zeitung so „fassungslos“, „mit Entsetzen“ und „ohne Verständnis“ zur Kenntnis genommen und mit Attributen wie „sehr einseitig“, „ungläubwürdig“, „journalistisch unseriös“, „infam“, „tendenziell“ und „unerträglich“ belegt. Einen Ausdruck des Bedauerns durch die Redaktion darf man erwarten.

Dr. Volker Uttenweiler aus Jülich reagiert auch auf den Videobeweis:

Gratuliere! Endlich der Videobeweis den Tagebau Hambach betreffend – Beweise dafür, wie brutal bei uns die Polizei mit Menschen umgeht, die für uns und unser Klima doch nur das Beste wollen. Und wie dabei so eine „Aktivistin“ anscheinend gegen ein Pferd gestoßen wird, nur weil sie mitten im Getümmel einem ihrer Komplizen die Identifizierung beziehungsweise Festnahme zu ersparen versucht, das bezeugt dann meine Zeitung, nämlich mit neun Farbfotos extra von München angereister Journalisten. Glücklicherweise verdankt es die Aktivistin nur einem klugen Polizeipferd, dass sie da-

bei nicht „erheblich schwerer verletzt wurde“. Aber wie hieß es doch noch von unseren Lehrern: „Denken soll man den Pferden überlassen“ (der größeren Köpfe wegen)!

Zur Sache: Was mich an diesem schönen Herbsttag überhaupt so einen Leserbrief schreiben lässt, ist meine Empörung über die Bericht-

„Diesen Aktivisten gehört große Anerkennung, sie reden nicht, sie handeln, und das ist gut so!“

RIKO ANGERMEYER, LESER AUS AACHEN

erstattung: Einen ebenso aufgeblähten wie tendenziösen Artikel hat die für unsereiner grundsätzlichen Kopf und Kragen riskierende Polizei wahrlich nicht verdient – da offenbart sich irgendwie ein Hass gegen Polizei und Staat. Deswegen mein Vorschlag: Man bringe dem Leser der Ausgewogenheit und Wiedergutmachung zu Liebe doch noch einen Videobeweis, diesmal aber mit einer Serie „Staatsdiener im Krankenhaus“ – mit neun Fotos von Polizisten, die nicht von Pferden, sondern ganz bewusst von Gewalttätern ganz persönlich (verharmlosend „Akti-

visten“ genannt) schwer verletzt wurden! Ob sich meine Zeitung wohl zu so einem Schritt aufraffen kann?

Haro von Laufenberg aus Stolberg reagiert auf den Leserbrief von Hans-Georg Rade aus Aachen unter der Überschrift „Segen von links, schwarze Gestalten und ein Mythos“:

Herr Rade aus Aachen hält also die sogenannten Aktivisten unter den Braunkohle-Gegnern für „Verbrecher“ und führt dazu Hausfriedensbruch an. Es scheint mir, als ob da der Wunsch Vater des Gedanken gewesen war. Denn Hausfriedensbruch ist nun mal kein Verbrechen, sondern ein Vergehen (siehe Strafgesetzbuch Paragraf 12 „Verbrechen und Vergehen“ und Paragraf 123 „Hausfriedensbruch“). Wenn man indes durch Umweltverschmutzung und -ausbeutung, ganz gleich, welche „Versemmungsrechte“ von wem auch immer verliehen worden sind, die Krebsrate erhöht, dann halte ich den Begriff „Verbrechen“ für durchaus angemessen.

Leider ist es mit den ewig Gestrigen jedoch immer das Gleiche: Sie sind nie konsequent. Andernfalls hätten die ja auch zu postulieren, was man früher mit Brunnenvergiftungen gemacht hat: Nämlich „Kopf ab“; und das passt doch ganz wunderbar zu der Strenge, mit der Herr Rade mit den „Aktivisten“ ins Gericht geht.

Martin Mersmann aus Aachen merkt zu den unter dem Titel „Segen von links, schwarze Gestalten und ein Mythos“ veröffentlichten Leserbriefen an:

Der gut-, pardon, wutbürgerliche Aufschrei zugunsten des/der mutmaßlichen Straftäter(s) im Hambacher Forst stand zu befürchten. Dabei ist die Rechtslage – unabhängig davon, ob die Rechtsprechung dem immer folgt(e) – sehr einfach: Das staatliche Gewaltmonopol erlaubt bestimmten Mitarbeitern bestimmter Behörden unter bestimmten Bedingungen das Anwenden bestimmter Gewalt. Dieses Recht wird durch die Pflicht erkauf, damit verantwortungsvoll umzugehen, gegenüber unbescholtenen Bürgern wie mutmaßlichen und sogar verurteilten Tätern. Kann das Gegenteil bewiesen werden, sind die Betroffenen nicht nur normale Straftäter, aus „1000-jähriger“ Erfahrung kommt zu ihrer Tat noch ein „im Amt“ hinzu. Das ist in keinem Rechtsstaat eine Lappalie! Jeder, der in die Lage kommen kann, hoheitliche Gewalt ausüben zu müssen, hat daher genau dies vorher nicht nur gelernt, sondern sogar beieidet.

Wer das für übertrieben hält, hat auf diesem Planeten eine erschreckend große Auswahl an Einwanderungszielen. Ich empfehle Nordkorea, wo unter einem starken Führer sicher noch Zucht und Ordnung herrschen . . .

der eindeutig gegen das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verstößt. Der zweite wichtige Punkt der CDU im Wahlkampf lautete: Man wolle die Kinder beim Thema Elternunterhalt entlasten. Im CDU-Wahlprogramm heißt es zur Beteiligung an den Pflegekosten: „Ein Rückgriff auf Kinder soll erst ab einem Einkommen von 100 000 Euro erfolgen.“ Es gehe darum, „dass wir die Kinder pflegebedürftiger Eltern vor finanzieller Überforderung schützen und damit dazu beitragen, sie noch besser zu entlasten“. Auch dieser wichtige, längst überfällige Punkt wird stillschweigend ad acta gelegt.

Wo wir wieder beim Punkt der Postenvergabe wären, denn dies scheint unseren Politikern wichtiger als alles andere. Frei nach dem Motto: Was geht mich mein Geschwätz von gestern an. Und wenn es mit dem lukrativen Posten nicht klappt, bleibt immer noch der Weg in die freie Wirtschaft, um dort das „Adressbuch zu versilbern“. Gute Nacht, Deutschland!



AM RANDE

► Claus Mayr, erster Vorsitzender des Nabu-Stadtverbandes Aachen, kritisiert die Überschrift „Der Käfer mag es gemütlich“ sowie die Bildauswahl – ein Hirschkäfer – dazu:

Liebe Redaktion, ein sehr interessanter Artikel! Aber wer ist denn um Himmels willen für diese Überschrift und die Bildauswahl verantwortlich? Es sind doch zumindest in Mitteleuropa überwiegend Spinnentiere (Achtbeiner), die sich in Wohnung und Keller wohlfühlen, etwa Hauswinkelspinnen (Foto) oder Staubmilben. Und aus der großen Klasse der Insekten (Sechsheiner) sind es wohl eher Wanzen als Käfer, die ins Haus kommen, etwa Birkenwanzen oder Bettwanzen. Aber ausgerechnet der seltene Hirschkäfer? Hirschkäfer dürften noch nicht einmal „eher seltene Gäste in deutschen Wohnungen“ sein. Denn sie leben an alten Eichen und Totholz in naturbelassenen Wäldern, und die hat wohl kaum jemand in der Nachbarschaft seines Hauses. Vielleicht mal ein Crashkurs „Basiswissen Biologie“? Der Fließtext ist zwar weitgehend korrekt, aber etwa der Passus „mehr unterschiedliche Insekten, Käfer und Spinnen“ ist falsch, da Käfer eine Ordnung aus dem Stamm der Insekten sind.

► Günter Schumacher aus Roetgen äußert sich zur Verwendung von Zusatzbezeichnungen und Begriffen in Platt- und Niederdeutsch auf Ortsschildern:

Vor ein paar Jahren die Wiedereinführung alter Kfz-Kennzeichen wie MON, GK, JÜL, jetzt Ortsschilder wie Eischwiele, Oche, Wöschele. Alle Welt klagt über fehlende Kitas, vergammelte Schulgebäude, marode Straßen, gefährliche Brücken, zu wenig Integrationsförderung. Und jetzt soll Geld für solchen Unfug ausgegeben werden? Sind wir eigentlich bekloppt, oder hat die öffentliche Hand zu viel Geld?

► Klaus Pavel aus Aachen, Ehrenpräsident des ALRV, entgegnet auf den Leserbrief von Hans-Werner Kiefer aus Aachen, der sich Gedanken über die Pavel'sche Autobiografie gemacht hat:

Vielen Dank für Ihren Leserbrief. Erlauben Sie mir darauf hinzuweisen, dass ich den Ausdruck „egoistisches Tivoli-Linden-Denkmal“ nicht benutzt habe. Genauso wenig wie „nützliche Idioten“. Und der Ausdruck „Denkmal“ stammt auch nicht von mir, sondern ist leider in Stadtgesprächen immer wieder anzutreffen. Auch vermag ich nicht zu sagen, wie die Abstimmungsverhältnisse im Stadtrat damals bei den bezüglich der Alemannia zu treffenden Entscheidungen waren. Tatsache ist allerdings, dass derjenige, der an der Front steht, immer den Kopf hinhalten muss. Ob berechtigt oder nicht, sei dahingestellt. Weiß ich aus eigener Erfahrung – so einfach ist das in unserer Welt. Trotzdem möchte ich festhalten, dass Jürgen Linden als langjähriger Oberbürgermeister, mit dem ich immer gerne und gut zusammengearbeitet habe, große Verdienste um die Stadt Aachen erworben hat. Was ich an dieser Stelle besonders betonen möchte!

INFO & KONTAKT

Die Redaktion bittet um Verständnis dafür, dass sie wegen der vielen Zuschriften nur eine Auswahl treffen kann und Kürzungen vornehmen muss. Die Längengrenzung liegt bei 1800 Zeichen inklusive Leerzeichen. Bitte beachten Sie, dass auch Leserbriefe, die per E-Mail geschickt werden, die vollständige Anschrift des Verfassers enthalten müssen.

Des Weiteren möchten wir darauf hinweisen, dass Leserbriefe nicht die Meinung der Redaktion widerspiegeln.

Leserbriefe senden Sie bitte per E-Mail ein oder an: Redaktion Leserbriefe Postfach 500 110 52085 Aachen

Leserbrief-Redaktion: (montags bis freitags, 9 bis 18 Uhr) Tel.: 0241/5101-431, -300 Fax: 0241/5101-360

leserbrief@zeitungsverlag-aachen.de

Kein Neid, sondern nur Fakten

Josef Goebels aus Raeren geht auf den Text „Kasse für alle: Mehrheit will das SPD-Modell“ zur möglichen Einführung einer Bürgerversicherung:

Da ist es wieder, das Lieblingswort von CDU/CSU und FDP, die „Neiddebatte“.

Gesundheitsminister Hermann Gröhe, bitte erklären Sie mir, weshalb müssen sich Einkommensmillionäre und Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze nicht am Solidarpaket beteiligen? Nur die Einkommen unter der Bemessungsgrenze tragen die Last für alle sozial schwachen Mitglieder in den Pflichtkassen. In Deutschland gibt es 17 400 Einkommensmillionäre mit einem Durchschnittseinkommen von 2,7 Millionen Euro. Berechnet man für die Einkommenssumme, rund 50 Milliarden Euro, den Kassenbeitrag mit einem Beitragsatz von 15 Pro-

zent, so kommt man auf die stolze Summe von etwa 7,5 Milliarden Euro. Berechnet man die Beiträge für die in Anspruch genommene private Krankenversicherung, kommt man bei zugrundeliegenden Prämienversicherung und einem Vierpersonenhaushalt auf

„Die Bundesrepublik könnte das beste Gesundheitssystem der Welt bei niedrigen Beiträgen für alle haben.“

JOSEF GOEBELS, LESER AUS RAEREN

etwa 83 500 000 Euro (Beitragsatz gerundet auf 1000 Euro, vier Personen, zwölf Monate), gespart rund 6,6 Milliarden Euro. Die Bundesrepublik könnte das beste Gesundheitssystem der Welt bei niedrigen Beiträgen für alle haben. Das alles wäre möglich, wenn Sie und

Ihre Mitstreiter endlich das Wort Gerechtigkeit in Ihren Wortschatz aufnehmen würden. Dann könnten die Medien sich auch Beiträge wie: „Immer mehr ältere Menschen arbeiten noch“ (AZ/AN vom 13. Juli) sparen.

Das beste Beispiel für den Schutz großer Einkommen durch die Bundesregierung ist die „Cum-Ex“-Affäre (Anm. d. Red.: Der Trick bei den „Cum-Ex“-Geschäften funktionierte so: Ein Händler verkaufte zunächst die Aktie in einem Moment, in dem er sie noch gar nicht besaß – ein sogenannter Leerverkauf. Aufgrund der Tragheit der Abwicklungssysteme ist dann rund 48 Stunden lang nicht klar, wer der Eigentümer des Wertpapiers ist, und es werden zwei Steuergerichten ausgestellt.) Wie lange hat das Finanzministerium gebraucht, um das Schlupfloch zu schließen, ein Jahrzehnt oder waren es gar zwei Jahrzehnte?

Nun dürfen Sie, Herr Minister Gröhe, gerne sagen, ich sei der „Neiddebatte“ erlegen; die Zahlen sprechen für sich.

Gleiche Behandlung

Marianne Mare von Kaisersruh aus Aachen meldet sich mit dem Thema Mütterrente, die die CSU ausweiten möchte, die anderen Parteien hingegen eher skeptisch sind, zu Wort:

Noch immer ist man bei den Parteien mit der Vergabe lukrativer Pöstchen beschäftigt und schon wird das erste Wahlversprechen gebrochen. Nach der Obergrenze die nächste Diskrepanz: Bei der Altersversorgung für Frauen haben CDU und CSU immer noch keine gemeinsame Linie. Die CSU fordert in ihrem eigenen Wahlprogramm, dem Bayernplan, eine „Mütterrente II“. Die CDU ist gegen eine erneute Ausweitung des Rentenanspruchs für Mütter. Dabei ist es längst überfällig, Müttern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, den fehlenden dritten Rentenpunkt zu geben. Diese Gerechtigkeit muss endlich geschlossen werden, fordert auch CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt. Mal ganz davon abgesehen, dass eine Ablehnung der CDU wenig demokratisch ist, son-